



Prof. Dr. Steffen Schneider

Empirische Legitimationsforschung

Sind lokale politische Systeme *legitim*?



Die Frage im Titel dieses Beitrags hat an Relevanz gewonnen. Während die Steuerungsfähigkeit und demokratische Qualität nationalstaatlicher Politik angesichts von Globalisierung und Europäisierung angezweifelt wird, verbinden sich mit der lokalen Ebene Hoffnungen: Eine Erneuerung demokratischen Regierens erscheint am ehesten in Städten und Gemeinden denkbar. Damit würden diese zu Rettungs- und Legitimationsankern demokratischer Mehrebenenpolitik in der postnationalen Konstellation (Habermas 1998). Doch was bedeutet die Rede von der Legitimität politischer Systeme überhaupt und was macht Kommunen, ihre Institutionen und Akteure, Verfahren und Entscheidungen in einem empirischen Sinne legitim?

Im Folgenden werden zu diesen Fragen keine eigenen Befunde präsentiert. Vielmehr geht es um einen Abriss zentraler Themen, Konzepte und Methoden politikwissenschaftlicher Legitimationsforschung: Wie kann diese Literatur, die sich bislang vor allem mit der Legitimität (inter-)nationaler Regimes auseinandergesetzt hat, für die lokale Politikforschung nutzbar gemacht werden?

Normative und empirische Legitimität

So zentral der Begriff Legitimität für die Politikwissenschaft auch ist, bleibt er doch umstritten. Weil in die Vorstellung legitimer Herrschaft ein normativer Gehalt eingeschrieben ist, werden empirische und normative Legitimationsforschung oft nicht klar genug unterschieden. Normativ gewendet wird die Anerkennungswürdigkeit politischer Ordnungen im Lichte universaler, etwa demokratie- und gerechtigkeits-theoretisch fundierter Bewertungsmaßstäbe zum Thema. Was macht Ordnungen, die kollektiv verbindliche Entscheidungen treffen und dabei die Folgebereitschaft (*compliance*) der ihrer Herrschaft Unterworfenen erwarten, legitimationsbedürftig und -fähig? Diese Frage ist von der politischen Theorie auf denkbar unterschiedliche Art und Weise beantwortet worden, auch wenn demokratische Qualität heute als Goldstandard der Anerkennungswürdigkeit gilt (Buchanan/Keohane 2006, S. 416). Charakteristisch für die normative Perspektive ist aber durchweg das Verständnis von Legitimität als einer Eigenschaft, die politischen Ordnungen von externen Beobachtern zu- oder abgesprochen werden kann. Ihr Anliegen ist mithin präskriptiv (Formulierung von Kriterien legitimer Herrschaft) und diagnostisch (Bewertung realer politischer Ordnungen auf Basis solcher Kriterien als legitim oder illegitim).

Die empirische Perspektive hingegen beschäftigt sich mit den Legitimitätsansprüchen und -urteilen der Regierenden und

Herrschaftsunterworfenen *selbst* als sozialen Fakten. Nicht von außen herangetragen Bewertungen, sondern die tatsächliche Anerkennung von Herrschaft – Max Webers (1922, S. 163) Legitimitätsglaube – und ihre Grundlagen stehen im Zentrum. Ob eine politische Ordnung legitimationsbedürftig ist bzw. als mehr oder weniger legitim gelten kann, wird hier also zu einer rein empirischen Frage. Ein allseits geteiltes Legitimationsverständnis existiert zwar auch in dieser Forschungstradition nicht, doch orientiert sie sich bis heute weithin an David Eastons (1965) Begriff der Regime-Unterstützung.

Legitimitätsglaube repräsentiert für Weber und Easton nur eine von mehreren denkbaren Quellen der Unterstützung. Motive der Folgebereitschaft können daneben Zwang oder Eigeninteresse sein; spezifische Unterstützung, die auf output-bezogenen und kurzfristigen individuellen Kosten-Nutzen-Abwägungen fußt, wird deshalb von diffuser und langfristiger Unterstützung auf der Basis moralischer, rechtlicher oder anderer generalisierbarer normativer Vorstellungen unterschieden. Wo Legitimitätsvorstellungen keine Rolle spielen, kann man von einem Zustand der A-Legitimität (Steffek 2007, S. 190) sprechen. Erst wo politische Ordnungen ihn hinter sich lassen und legitimationsbedürftig werden, stellt sich die Frage ihrer Legitimationsfähigkeit. Anders als in einer normativen Perspektive erscheinen dabei graduelle Indikatoren angemessen: Wo Legitimität als empirisches Konzept in Illegitimität umschlägt, ist *a priori* kaum zu entscheiden.

Legitimationsobjekte und -kriterien

Doch wer beansprucht Legitimität oder ist auf sie angewiesen, wem wird sie von Bürgern zu- oder abgesprochen? Die empirische Literatur orientiert sich auch diesbezüglich weitgehend an Easton, demzufolge nicht in erster Linie einzelne politische Entscheidungen (*policies*) oder die individuellen und kollekti-



ven Akteure, die Herrschaft jeweils ausüben (*authorities*), legitimationsbedürftig sind, sondern politische Gemeinschaften und Regimes als Ganze. Während die Relevanz dieser Unterscheidung prinzipiell erhärtet werden konnte (Westle/Gabriel 2009), ist offen, welche Elemente, Prinzipien oder Institutionen eines gegebenen Regimes tatsächlich mit Legitimitätsansprüchen verbunden sind bzw. zum Gegenstand positiver oder negativer Legitimitätsurteile werden.

Das Verständnis von Legitimität als einer normativ gestützten Quelle der Regime-Unterstützung erfordert schließlich den Blick auf die Bewertungsmaßstäbe, auf die sich öffentliche Legitimitätsvorstellungen in unterschiedlichen politischen Ordnungen beziehen. Anders als in einer normativen Perspektive kann hier nicht von einem Konsens über die Priorität demokratischer Standards ausgegangen werden. Eine *a priori*-Beschränkung auf die Erfassung nur solcher Bewertungsmaßstäbe, die im Lichte dieser oder jener Variante der Demokratietheorie normativ angemessen oder rational erscheinen, wäre unangemessen. Daher sind in der empirischen Forschung die ganze Palette und das relative Gewicht öffentlich relevanter demokratischer und nicht demokratischer Bewertungsmaßstäbe (etwa Tradition und Charisma, vgl. auch Hofferbert/Klingemann 2001) bzw. input- und output-bezogener Kriterien von Interesse (Scharpf 1999, S. 17-28).

Legitimität und Legitimation

Im Hintergrund der empirischen Legitimationsforschung steht zumeist ein Verständnis von Regime-Unterstützung und Legitimität als quantitativ messbaren Attributen. Sie können in einer kausalanalytischen Betrachtung als unabhängige oder abhängige Variable betrachtet werden. Im ersten Fall interessiert typischerweise, ob Legitimitätsglaube tatsächlich – wie von Weber und Easton suggeriert – Folgebereitschaft (auf der Mikroebene) bzw. Regime-Stabilität und -Effektivität (auf der Makroebene) sichert. Im zweiten Fall interessiert entsprechend, welche individuellen oder systematischen Faktoren mehr oder weniger Legitimitätsglaube und Unterstützung nach sich ziehen.

Ungeklärt bleibt dabei aber, wie Legitimität und ihre normativen Grundlagen eigentlich (re)produziert und ggf. herausgefordert oder modifiziert werden, also das Thema Legitimationsprozesse. Legitimation als Aktivität, die – anders als Legitimität selbst – tatsächlich beobachtet werden kann (Barker 2001, S. 24) und die soziale Konstruktion von Regime-Unterstützung stehen hier im Zentrum des Interesses. In Legitimationsprozessen interagieren Regierende und Bürger, Legitimität wird also zum *relationalen* Konzept. Regierende formulieren Legitimitätsansprüche, deren gesellschaftliche Anerkennung stets aufs Neue durch Praktiken der (Selbst-)Legitimation zu sichern ist: „Keine Herrschaft begnügt sich, nach aller Erfahrung, freiwillig mit den nur materiellen oder nur affektuellen oder nur wertrationalen Motiven als Chancen ihres Fortbestandes. Jede

sucht vielmehr den Glauben an ihre ‚Legitimität‘ zu erwecken und zu pflegen“ (Weber 1922, S. 163). Gegenstand der Legitimationsforschung muss deshalb auch die Frage sein, wer mit welchen Praktiken und Strategien sowie mit welchem Erfolg an Legitimationsprozessen teilnimmt, „making sense of power [...] to those who exercise power; to those who are subject to the exercise of power; or to both“ (Luckmann 1987, S. 111). Umstandslose Akzeptanz von Legitimitätsansprüchen durch die Bürger kann man dabei ebenso wenig voraussetzen wie einen öffentlichen Konsens über akzeptable Formen der Rechtfertigung von Herrschaft. Legitimität erweist sich vielmehr als durchaus prekäre Ressource (Nullmeier et al. 2010).

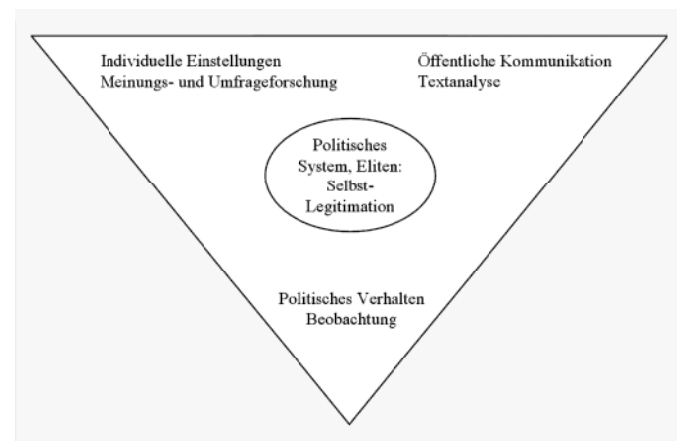


Abb. 1: Dimensionen von Legitimität und Legitimation

Methodisches: Ansätze der empirischen Legitimationsforschung

Die empirische Legitimationsforschung stützt sich in erster Linie auf drei methodische Zugriffe, die unterschiedliche Dimensionen von Legitimität in den Vordergrund rücken. Jede der drei Herangehensweisen hat Stärken und blinde Flecken. Eine *best practice* der Legitimationsforschung existiert offenbar nicht. Vielmehr müssen die Herangehensweisen als komplementär gelten.

Einstellungen: Legitimitätsglaube

Der gängigste Ansatz operationalisiert Webers Begriff des Legitimitätsglaubens im Anschluss an die konzeptionellen Vorarbeiten Eastons sowie Gabriel Almonds und Sidney Verbas (1963) als das Aggregat individueller Einstellungen und Wertorientierungen. Ein Regime gilt als legitim, wenn es von einer hinreichend großen Zahl der Herrschaftsunterworfenen anerkannt wird; Legitimität und kollektiver Legitimitätsglaube – „rightfulness ‚as believed by citizens‘“ (Gilley 2006, S. 502) – sind hier ein und dasselbe. Die Befragung repräsentativer Samples auf der Basis strukturierter Fragebögen ermöglicht dabei Schlüsse auf die Einstellungen größerer Grundgesamtheiten, also zumeist nationaler politischer Gemeinschaften. Legitimitätsglaube wird üblicherweise auf der Basis von zwei Typen geschlossener Fragen erhoben. Die erste Variante soll

das Ausmaß der Unterstützung direkt messen, indem etwa Stolz auf das Regime und seine Institutionen oder Systemvertrauen abgefragt wird. Der zweite Typ hingegen zielt darauf ab, die normativen Grundlagen dieser Bewertungen einzufangen: Umfrageteilnehmer werden z.B. gefragt, ob sie einer Aussage wie „normale Bürger haben keinen Einfluss auf das Regierungshandeln“ mehr oder weniger zustimmen (Weatherford 1992, S. 161-162). Neben deskriptiven Aussagen zum Saldo positiver und negativer Legitimitätsurteile und der Rolle ausgewählter Legitimationskriterien erlauben solche Daten die Analyse von Korrelationen zwischen Regime-Unterstützung und verschiedenen – etwa soziodemografischen oder institutionellen – Einflussfaktoren auf sie bzw. umgekehrt von Korrelationen zwischen Legitimität und ihren unterstellten Wirkungen, darunter Folgebereitschaft sowie Regime-Stabilität und -Effektivität.

Verhalten: Partizipation und Protest als Legitimitätsindikatoren

Legitimität ist insbesondere wegen der gemeinhin unterstellten Kausalbeziehung zwischen Legitimitätsglauben und Folgebereitschaft von Bedeutung, also wegen ihrer Implikationen für das Verhalten von Herrschaftsunterworfenen. Die Reduktion der empirischen Legitimationsforschung auf die Einstellungsdimension – in der bestenfalls Verhaltensdispositionen erhoben werden – erscheint vor diesem Hintergrund als Verkürzung und es liegt deshalb nahe, Umfragen um Daten zu Bürgerbeteiligung und Protest zu ergänzen. Folgebereitschaft und ihre Verweigerung werden dann als Indikatoren für Regime-Unterstützung oder ihren Entzug interpretiert. Mit der Verhaltensdimension gerät das eigentliche Legitimationsgeschehen in spezifischen Kontexten in den Blick. Damit ist zugleich eine Verschiebung weg von der Mikroebene individueller Akteure hin zu sozialer Interaktion und kollektivem Handeln verbunden.

Die empirische Realität bewegt sich offenkundig zwischen den Polen umfassender Regelbefolgung und gänzlicher Verweigerung der Folgebereitschaft. Zu den konventionellen Verhaltensformen, die üblicherweise als Indikatoren von Legitimität gewertet werden, gehören Wahlbeteiligung, die Unterstützung systemkonformer Parteien und Organisationen, die Zahlung von Steuern oder die Bereitschaft zum Wehrdienst. Als Ausdruck einer Infragestellung von Herrschaft und damit als Indikatoren eines Entzugs von Legitimität können hingegen nicht konventionelle Verhaltensformen herangezogen werden. Die Existenz von Protestbewegungen, deren Mitgliederzahlen, ihr Charakter sowie die Häufigkeit und Sichtbarkeit ihrer Aktivitäten gelten als besonders einschlägig: Easton (1965, S. 163) verweist darauf, dass „a ratio of deviance to conformity“ ein hilfreiches Maß für Regime-Unterstützung darstellt; Gilley (2006, S. 508) argumentiert, dass die zunehmende Überzeugung von Bürgern, ihre Interessen besser mit Gewalt als mit konventionellen Mitteln der politischen Betei-

ligung durchsetzen zu können, die schwindende Legitimität eines politischen Systems anzeigt. Qualitative und quantitative Befunde der Bewegungs- und Protestforschung sind mithin zu einer wichtigen Datenquelle für die Legitimationsforschung geworden.

Kommunikation: Legitimationsdiskurse

Der dritte Ansatz versteht Legitimität als ein inhärent sprachliches Phänomen. Er lenkt den Blick auf die insbesondere in der Meinungsforschung unterbelichteten Legitimationsprozesse und -praktiken, auf denen die Herstellung von Legitimität beruht. Im Zentrum stehen hier bewertende Aussagen, die einem Regime auf der Basis normativer Kriterien Legitimität zu- oder absprechen. Solche „[f]ree-range public claims [...], as against battery questionnaires“ (Barker 2001, S. 34) tragen öffentliche Debatten über die Anerkennungswürdigkeit politischer Ordnungen, auf ihnen beruht also die soziale Konstruktion von Legitimität. Indem sie diese Praktiken ins Visier nimmt, vollzieht die Legitimationsforschung auch den *linguistic turn* der Politikwissenschaft nach (Luckmann 1987; Nullmeier 2001).



Abb. 2: Legitimationsdiskurse

Legitimität ergibt sich demnach nicht direkt aus institutionellen Attributen eines Regimes; Einstellungen und Verhaltensformen gelten in einer diskursanalytischen Perspektive erst dann als relevant, wenn sie öffentlich begründet und rezipiert werden. Ein Regime kann z.B. nicht automatisch mit Unterstützung rechnen, wenn es demokratische und faire Entscheidungsprozesse aufweist oder zum Allgemeinwohl beiträgt. Vielmehr werden Verfahren und Performanz in Legitimationsprozessen kommunikativ verarbeitet und in den Legitimitätsglauben Einzelner oder legitimationsrelevante Verhaltensformen übersetzt. Nicht zuletzt sind Öffentlichkeiten als gesellschaftliche Foren politischer Selbstverständigungs- und Legitimationsdiskurse ein *sine qua non* demokratischer Regimes (Peters 2007; Habermas 2008).

Legitimationsdebatten finden in einer Vielzahl diskursiver Arenen, also z.B. in Parlamenten und Medien statt (Raufer 2005;



Nullmeier et al. 2010). Die Rolle der Medien in der Konstruktion von Legitimität ist dabei aufgrund ihrer *watchdog*-, *gatekeeper*- und Transmissionsfunktionen besonders wichtig: Je seltener der direkte Kontakt zwischen Regimes und Bürgern, desto schwerer fällt es den Menschen, sich ein Bild zu machen, und desto stärker sind sie z.B. auf medial vermittelte Legitimitätsbewertungen angewiesen. Die Legitimität politischer Ordnungen hängt demnach nicht zuletzt davon ab, ob und in welchem Maße politische Eliten und weitere Befürworter des institutionellen Status quo in der Lage sind, ihren Legitimitätsansprüchen und den damit verbundenen normativen Kriterien eine dominante Position zu verleihen. Gelingt dies nicht und gewinnen negative Legitimitätsurteile in öffentlichen Diskursen die Oberhand, kommt es zur Erosion von Legitimität. Methodisch steht für die Analyse von Legitimationsdiskursen eine Reihe textanalytischer Werkzeuge zur Verfügung.¹

Kommunen als Legitimationsanker? Lokale Politik und empirische Legitimationsforschung

Können lokale politische Systeme als Rettungs- und Legitimationsanker demokratischen Regierens in der Mehrebenenpolitik der postnationalen Konstellation dienen? Eine umfassende empirische Antwort auf diese Frage steht noch aus, doch stellt die politikwissenschaftliche Legitimationsforschung – dies sollte im vorliegenden Beitrag gezeigt werden – zumindest perspektivisch Konzepte und Methoden zur Verfügung, um einer differenzierten Antwort näher zu kommen.

Vergleichbar mit der politikwissenschaftlichen Diskussion zu internationalen Regimes ist dabei zunächst einmal zu klären, ob lokale politische Systeme überhaupt legitimationsbedürftig sind. Solange internationale Regimes intergouvernementalen Charakter haben, also auf freiwilligen Vereinbarungen ihrerseits demokratisch legitimer nationaler Regierungen beruhen, erscheinen sie in normativer Perspektive wenig legitimationsbedürftig und wird deshalb auch in der empirischen Forschung gerne ein „permissiver Konsens“ unterstellt. Dass dieser brüchig werden kann, zeigt indes die zunehmende Kritik an den Demokratie- und Legitimationsdefiziten der Europäischen Union. Etwas anders gewendet mag man auch Kommunen als a-legitim betrachten – nämlich dann, wenn sie im Institutionengefüge nationaler politischer Systeme lediglich *agents* demokratisch legitimer zentralstaatlicher (in föderalen Regimes auch gliedstaatlicher) *principals* darstellen. Man könnte vermuten, dass sich die Legitimitätsfrage in einem empirischen Sinne für Kommunen ebenfalls nur stellt, wenn sie von ihren Bürgern als genuine lokale politische Systeme statt als bloße Verwaltungseinrichtungen wahrgenommen werden.

¹ So etwa die politische Bewertungsanalyse (Schmidtke/Nullmeier 2011), die (ähnlich wie das Verfahren der protest event bzw. claims analysis in der Protest- und Bewegungsforschung, vgl. Franzosi 2004; Koopmans/Statham 1999) mit Hilfe einer stilisierten Legitimationsgrammatik einzelne Legitimitätsurteile in Texten identifiziert und sie statistisch auswertet.

Auch mit Blick auf lokale politische Systeme ist sodann Eastons Unterscheidung zwischen *policy*-Entscheidungen (etwa zu Stuttgart 21), *authorities* (Oberbürgermeister Dr. Wolfgang Schuster) und Regime (Kommunalverfassung von Baden-Württemberg, Zuständigkeiten und Beziehungen kommunaler Institutionen wie des Bürgermeisteramtes oder des Stadtrats in Stuttgart) relevant. Die Forschung zur Unterstützung nationalstaatlicher Regimes zeigt, dass Bürger nicht nur sehr differenziert über diese drei Ebenen urteilen, sondern auch die Legitimitätsbewertungen einzelner Regime-Elemente recht unterschiedlich ausfallen. So gehören Parlamente als Kerninstitutionen repräsentativer Demokratie üblicherweise gerade nicht zu den am positivsten bewerteten Legitimationsobjekten. In ähnlicher Weise wäre zu untersuchen, welche Institutionen auf der lokalen Ebene üblicherweise positiv bewertet werden und damit als Legitimationsanker dienen können, welche hingegen eher Zielscheiben negativer Legitimitätsurteile sind. Die Erfolgchancen von Legitimationsstrategien, die auf Verfahrens- und Institutionenreformen – etwa eine Aufwertung des Gemeinde- oder Stadtrates – setzen, dürften nicht zuletzt von dieser Dimension öffentlicher Legitimitätsvorstellungen beeinflusst sein.



Abb. 3: Die lokale Ebene als Aktions- und Legitimationsraum

Die Legitimität kommunaler Regimes bzw. der Erfolg solcher Reformen wird jedoch auch von den Bewertungsmaßstäben abhängen, die Bürger privilegieren, wenn sie Legitimitätsurteile über lokale Institutionen fällen. Reformstrategien, die eine Demokratisierung lokaler Politik – etwa durch Einführung partizipativer, deliberativer Gremien und Verfahren – anstreben, setzen im Einklang mit normativen Erwartungen voraus, dass solche Urteile tatsächlich in erster Linie auf Bewertungen demokratischer Qualität fußen. Falls diese Annahme zutrifft, mögen derartige Reformen tatsächlich zur Stärkung der Input- oder Throughput-Legitimität kommunaler Institutionen beitragen. Jedoch zeigt die Forschung zu nationalstaatlichen und internationalen Regimes (Hofferbert/Klingemann 2001; Nullmeier et al. 2010), dass positive wie negative Legitimitätsurteile sich auf eine breite Palette demokratischer und nicht-



demokratischer, input- und output-bezogener Kriterien stützen. Ein positiver Effekt demokratisierender, Bürgerbeteiligung und Deliberation fördernder Reformen auf die Unterstützung lokaler Regimes erscheint insofern zumindest nicht garantiert.

Damit bleibt auch die Frage nach der Rolle der Kommunen als Legitimationsanker von Mehrebenensystemen offen. Zwar hat insbesondere Angelika Vetter (2002) gezeigt, dass die lokale Ebene gemeinhin mehr Unterstützung erfährt als die nationalstaatliche Ebene oder gar internationale Regimes wie die EU. Legitimationsstrategien für Mehrebenensysteme, die deshalb auf eine Aufwertung der Kommunen setzen, können jedoch, wie von Angelika Vetter ebenfalls hervorgehoben, nur Erfolg haben, wenn man einen *spillover* positiver Legitimitätsurteile von der lokalen auf die (inter)nationale Ebene unterstellen kann. Dies setzt erstens voraus, dass Kommunen von den Bürgern überhaupt als Teil von Mehrebenensystemen wahrgenommen werden, und zweitens, dass positive *bottom-up*-Effekte nicht durch negative *top-down*-Effekte aufgehoben werden, lokale politische Systeme also in den Sog der nationalstaatlichen und europäischen Legitimitätskrise geraten.

Schließlich ist an die Rolle der Legitimationskriterien zu erinnern. Nach Robert Dahl (1994) besteht das Dilemma demokratischen Regierens im modernen Nationalstaat und erst recht in der postnationalen Konstellation darin, dass großräumige Arrangements tendenziell effektiv, aber wenig demokratisch, kleinräumige Arrangements hingegen demokratisch, aber wenig effektiv sind. Wenn dies zutrifft und auch von den Bürgern so wahrgenommen wird, hängt der Erfolg einer Legitimationsstrategie für die postnationale Konstellation, die auf Dezentralisierung und die Demokratisierung lokaler Regimes setzt, in hohem Maße davon ab, dass der hier unterstellte *trade-off* – Kompensation geringer Effektivität und Output-Legitimität durch hohe demokratische Input-Legitimität auf der lokalen Ebene, *vice versa* für den Nationalstaat und internationale Regimes – akzeptiert wird.

Noch bleiben Kommunen in der politikwissenschaftlichen Legitimationsforschung relativ unterbelichtet. Die Hoffnung, lokale politische Systeme könnten in der postnationalen Konstellation zu Rettungsankern von Demokratie und Legitimität werden, beruht indes auf Kausalannahmen, die es systematisch zu prüfen gilt. Dabei verdienen alle drei hier umrissenen Dimensionen empirischer Legitimität Aufmerksamkeit und sollten deshalb auch alle vorgestellten methodischen Zugriffe zum Einsatz kommen. Wie diese Dimensionen zusammenhängen, ist dabei selbst eine noch weithin ungeklärte Frage. Nicht immer weisen z.B. Einstellungs- und Verhaltensindikatoren in dieselbe Richtung, so etwa wenn die Umfrageforschung der lokalen Ebene mehr Bürgervertrauen attestiert als der nationalstaatlichen, während die gerne als Zeichen von Regime-Unterstützung interpretierte Wahlbeteiligung auf der lokalen Ebene üblicherweise hinter nationalen Wahlen zurückbleibt. Die diskursanalytische Legitimationsforschung verspricht neue Erkenntnisse zu den Zusammenhängen zwischen Einstel-

lungs-, Verhaltens- und Kommunikationsaspekten von Legitimität und Legitimationsprozessen, steckt indes noch in den Kinderschuhen.

Prof. Dr. Steffen Schneider

Lehrstuhl für Empirische Theorien der Politik (Vertretung), Geschwister-Scholl-Institut für Politikwissenschaft, Ludwig-Maximilians-Universität München

Quellen:

- Almond, Gabriel A./Verba, Sidney (1963): *The Civic Culture. Political Attitudes and Democracy in Five Nations*. Princeton: Princeton University Press.
- Barker, Rodney (2001): *Legitimizing Identities: The Self-Presentation of Rulers and Subjects*. Cambridge: Cambridge University Press.
- Buchanan, Allen/Keohane, Robert O. (2006): *The Legitimacy of Global Governance Institutions*, in: *Ethics and International Affairs* 20 (4), S. 405-437.
- Dahl, Robert A. (1994): *A Democratic Dilemma. System Effectiveness versus Citizen Participation?*, in: *Political Science Quarterly* 1, S. 23-34.
- Easton, David (1965): *A Systems Analysis of Political Life*. New York: John Wiley & Sons.
- Franzosi, Roberto (2004): *From Words to Numbers. Narrative, Data, and Social Science*. Cambridge: Cambridge University Press.
- Gilley, Bruce (2006): *The Meaning and Measure of State Legitimacy: Results for 72 Countries*, in: *European Journal of Political Research* 45 (3), S. 499-525.
- Habermas, Jürgen (1998): *Die postnationale Konstellation. Politische Essays*. Frankfurt/M.: Suhrkamp.
- Habermas, Jürgen (2008): *Hat die Demokratie noch eine epistemische Dimension? Empirische Forschung und normative Theorie*, in: Ach, Europa. *Kleine Politische Schriften XI*. Frankfurt/M.: Suhrkamp.
- Hofferbert, Richard I./Klingemann, Hans-Dieter (2001): *Democracy and Its Discontents in Post-Wall Germany*, in: *International Political Science Review* 22 (4), S. 363-378.
- Luckmann, Thomas (1987): *Comments on Legitimation*, in: *Current Sociology* 35 (2), S. 109-117.
- Koopmans, Ruud/Statham, Paul (1999): *Political Claims Analysis. Integrating Protest Event and Political Discourse Approaches*, in: *Mobilization* 4 (2), S. 203-221.
- Nullmeier, Frank (2001): *Politikwissenschaft auf dem Weg zur Diskursanalyse?*, in: Reiner Keller/Andreas Hirsland/Werner Schneider/Willy Viehöver (Hrsg.), *Handbuch Sozialwissenschaftliche Diskursanalyse, Bd. 1: Theorien und Methoden*. Opladen: Leske + Budrich.
- Nullmeier, Frank/Biegoń, Dominika/Gronau, Jennifer/Nonhoff, Martin/Schmidtke, Henning/Schneider, Steffen (2010): *Prekäre Legitimitäten. Rechtfertigung von Herrschaft in der postnationalen Konstellation*. Frankfurt/M.: Campus.
- Peters, Bernhard (2007): *Der Sinn von Öffentlichkeit*. Frankfurt/M.: Suhrkamp.
- Rauf, Thilo (2005): *Die legitime Demokratie. Zur Begründung politischer Ordnung in der Bundesrepublik*. Frankfurt/M.: Campus.
- Scharpf, Fritz W. (1999): *Regieren in Europa: Effektiv und demokratisch?* Frankfurt/M.: Campus.
- Schmidtke, Henning/Nullmeier, Frank (2011): *Political Valuation Analysis and the Legitimacy of International Organizations*, in: *German Policy Studies* 7 (3), S. 117-153.
- Steffek, Jens (2007): *Legitimacy in International Relations: From State Compliance to Citizen Consensus*, in: Achim Hurrelmann/Steffen Schneider/Jens Steffek (Hrsg.): *Legitimacy in an Age of Global Politics*. Basingstoke: Palgrave Macmillan.
- Vetter, Angelika (2002): *Local Political Competence in Europe: A Resource of Legitimacy for Higher Levels of Government?*, in: *International Journal of Public Opinion Research* 14 (1), S. 3-18.
- Weatherford, M. Stephen (1992): *Measuring Political Legitimacy*, in: *American Political Science Review* 86 (1), S. 149-166.
- Weber, Max (1922): *Wirtschaft und Gesellschaft*. Tübingen: Mohr Siebeck.
- Westle, Bettina/Gabriel, Oskar (Hrsg.) (2009): *Politische Kultur. Baden-Baden: Nomos*.